

Einleitung

Das Thema Bildungspolitik ist im Alltag und in den Medien stets präsent. Bildungspolitik betrifft direkt Schüler*innen, Studierende, Teilnehmende an Erwachsenen- und Weiterbildung, Auszubildende und ihren Familien; es hat aber auch für diejenigen Relevanz, die im Bildungswesen beschäftigt sind (Erzieher*innen, Lehrkräfte, Ausbilder*innen in Betrieben, Erwachsenenbildner, Bildungsforschende und Professor*innen). Auch andere Anspruchsgruppen sind davon tangiert – Arbeitgeber*innen, Interessensvertreter*innen der Industrie und Wirtschaft, Gewerkschafter*innen usw. Bildungspolitik hat also sowohl individuell als auch gesellschaftlich und wirtschaftlich große Bedeutung. Und dennoch: So allseitig und alltagsnah sich das Thema auch zeigt, ist es keine leichte Aufgabe, in diese Thematik einzuführen. Im Vergleich zum Thema Bildungsadministration beispielsweise zeigt sich, dass eine einfache und umfassende Definition des Begriffs Bildungspolitik kaum möglich ist. Dies liegt zum einen daran, dass nicht alles immer formalrechtlich festgelegt ist und sofort als solches erkannt wird. Bildungsadministration zum Beispiel meint demgegenüber die konkreten Akteure und Aktivitäten der Planung, Errichtung, Finanzierung, Organisation und Evaluation von Bildungsinstitutionen. Eine solche klare und geradlinige Definition von Bildungspolitik ist kaum möglich, ohne dass wichtige Elemente herausgeschnitten werden. Im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland fällt Bildung *erstens* in die Zuständigkeit verschiedener politischer Ebenen – Bund, Länder und Kommunen. *Zweitens* ist durch die Ausdifferenzierung in verschiedenen Bildungssektoren – Vor- und Grundschule, Sekundarschulen, Hochschulen und Weiterbildung/Erwachsenenbildung – eine große Bandbreite von Themen gegeben, die ebenfalls *drittens* in die Zuständigkeit bzw. in das Wirkungsfeld einer ebenso großen Anzahl von

Akteuren, Interessens- und Anspruchsgruppen fällt. Diese große Vielfalt und Komplexität erschweren es erheblich, allgemeine Aussagen zu machen. Wie lässt sich vor diesem Hintergrund gut nachvollziehbar und niedrigschwellig dem Thema nähern? Vielleicht kann eine sehr alltägliche Anekdote bei der Einführung hilfreich sein.

Im Rahmen einer Tätigkeit an einer Forschungsstelle erzählte eine Kollegin während eines Team-Meetings glücklich, sie sei schwanger. Nachdem die Kolleg*innen ihr dazu gratuliert hatten, stellte eine Kollegin, die selbst bereits Kinder hatte, eine für mich auf den ersten Blick sehr abwegige Frage: Habt ihr das Kind bereits in einer Kita angemeldet? Verwundert über die Frage, habe ich sie zunächst damit in Verbindung gebracht, dass wir in einer Forschungsstelle arbeiteten, die sich mit Bildung im Lebenslauf beschäftigte, und daher kam wohl auch das Interesse. Doch als ich etwas länger über die individuellen und gesellschaftlichen Hintergründe der Frage nachdachte, erschien sie mir in einem ganz anderen Licht und mit ganz konkreten bildungspolitischen Fragen und Themen verbunden:

Bildung, Betreuung und Erziehung werden eine kaum zu überschätzende Bedeutung beigemessen. Da beide Elternteile akademisch ausgebildet sind, waren die Bildungsaspirationen für das Kind hoch und die (Vor-)Sorge um Bildung individuell selbstverständlich und gesellschaftlich mit Normen der Verantwortung für den Nachwuchs und des (sozioökonomischen) Positionserhalts eng verknüpft; die Eltern wussten also um die Relevanz und Wirkungen frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung. Die aktuellen bildungspolitischen Debatten um die Rolle der Kita als frühe Integrationschance, vor allem für Kinder mit Migrationsgeschichte bzw. nichtdeutscher Familiensprache, müssen vor dem Hintergrund der Sorgen bzw. des Wissens der beiden Eltern gesehen werden. Die Diskussion über den Beitrag von Bildung zur Verringerung der sozialen Disparitäten erklärt sich aus der Notwendigkeit, insbesondere Kinder mit sozioökonomisch und herkunftsbedingt schlechteren Startchancen gezielt zu unterstützen und zu fördern, da Eltern mit niedrigeren Bildungsabschlüssen (mit Hauptschul- oder ohne Schulabschluss) deutlich seltener eine Kindertagesbetreuung für ihre Kleinkinder (unter drei Jahren) nutzen als Familien mit mittleren oder höheren Abschlüssen.

Gesellschaftlich wird Bildung heute als lebenslange und lebensbegleitende Aufgabe – als Lebenslauf – gedacht. Der Besuch einer qualitativ hochwertigen Kita stellt dabei den ersten Schritt in eine erfolgsversprechende Bildungslaufbahn dar. Seit Jahrzehnten wird kritisch über die Rolle von Familie, Sprachförderung und Vorbildung für den Erfolg im Schulsystem diskutiert – Stichwort Reproduktion sozialer Verhältnisse durch Bildung. Der Besuch einer Kita wird so als Vorgriff und in Vorbereitung einer gelungenen Schulkarriere betrachtet – das heißt als Teil einer »Normalbiografie«. Vor diesem Hintergrund lassen sich die in den vergangenen Jahren zum Teil kontroversen Debatten um die Verbesserung und Aufwertung des Erzieher*innenberufs sehen, aber auch die Auseinandersetzungen um die Bedeutung von Kitas als Bildungsorte einschließlich der eingeführten Orientierungspläne bzw. Bildungspläne für frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung. Seitdem wird Kitas nicht nur die Verantwortung für die Betreuung, sondern auch für eine qualitativ hochwertige Bildung und für Kompetenzentwicklung der Kinder zugeschrieben.

Auch die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Kitaplätzen wird sofort als bildungspolitische Aufgabe identifiziert. In diesem Zusammenhang gibt es seit dem Jahr 2013 einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf einen *Kitaplatz* ab dem vollendeten ersten Lebensjahr mit der Folge, dass die Engpässe in der Versorgung umso sichtbarer geworden sind. Vor dem Hintergrund der medial stark thematisierten Schwierigkeiten, einen Platz – zumal in der direkten Nachbarschaft – zu bekommen, wird die Sorge um eine rechtzeitige und in einigen Fällen übertrieben frühzeitige Anmeldung des Kindes verständlich. Die Frage der Kollegin wird vor diesem Hintergrund nachvollziehbar.

Die Versorgung mit Kitaplätzen enthält auch eine Komponente der Arbeitsmarkt- und Familienpolitik, denn ohne die Betreuung der Kinder ist die Arbeitstätigkeit beider Elternteile schwer denkbar, was nicht zuletzt die Coronapandemie deutlich machte. Einerseits ist dies eine frauenpolitische Frage der Gendergerechtigkeit, da meist Frauen die Betreuung der Kinder zu Hause übernehmen und damit nicht erwerbstätig sein können. Andererseits sind in der Kindertagesbetreuung im vergangenen Jahrzehnt mehr als eine Viertelmillion neuer Arbeitsplätze entstanden; obwohl diese Arbeitsmarktbranche zu den am stärksten wachsenden in Deutschland

zählt, wird geschätzt, dass eine weitere Viertelmillion neuer Arbeitsplätze benötigt wird, um den Bedarf abzudecken.

Der Ausbaubedarf der Kitas stellt darüber hinaus eine starke finanzielle Herausforderung dar, die während des vergangenen Jahrzehnts im Rahmen der geltenden Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen bewältigt wurde. Allerdings, so der allgemeine Tenor der aktuellen bildungspolitischen Auseinandersetzungen, kann der weitere nachhaltige Kita-Ausbau im derzeitigen Bildungsföderalismus, also in der Arbeitsteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen, nicht mehr angemessen gelöst werden.

Mittlerweile lassen sich darüber hinaus bildungspolitische Initiativen finden, die mithilfe digitaler Technologien versuchen, die Versorgung aller Kinder mit Plätzen zu verbessern. Ein Beispiel ist der auf kommunaler Ebene angebotene Kita-Navigator.¹ Der Kita-Navigator ist ein zentrales Vormerkssystem, an dem sich öffentlich geförderten Kindertageseinrichtungen einer Stadt beteiligen. Dort werden alle Kinder (auch die noch nicht geborenen!) erfasst, die einen Kitaplatz suchen; Eltern suchen nach Kitas in ihrer Nachbarschaft (im Umkreis von einem bis zehn Kilometern oder stadtweit) oder nach einer bestimmten Kita, sie finden dort weitere Informationen zur Einrichtung (einschließlich zum pädagogischen Ansatz, zu mehrsprachigen oder besonderen Angeboten usw.), und das System sendet die Information an die priorisierten Einrichtungen weiter.

Das anekdotische Beispiel macht deutlich, wie alltagsnah und doch vielschichtig bildungspolitische Themen sein können. Es zeigt außerdem eindrücklich einige der wichtigsten Charakteristika von Bildungspolitik: Bildungspolitik betrifft sowohl den Einzelnen und die Familien als auch die für die Bildungsversorgung Verantwortlichen, aber auch die Gesellschaft im Ganzen. Dass Kitas in den Sozialministerien aufgehoben sind, zeigt auch, dass es dabei nicht nur um Bildung geht, sondern auch um Sozial- und Familienpolitik; genauso wie es auch Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik betrifft. Das Beispiel veranschaulicht ebenfalls das

1 Siehe Kita-Navigator am Beispiel der Stadt Berlin: <https://kita-navigator.berlin.de/> (28.02.2025).

Zusammenwirken verschiedener Akteure und politischer Ebenen im föderalen Staat Deutschland.

Auch wenn eine mustergültige und allumfassende Definition von Bildungspolitik nicht möglich oder sinnvoll erscheint, lässt sich eine vorläufige Arbeitsdefinition bemühen. Arbeitsdefinitionen betonen den vorläufigen und Prozesscharakter einer Definition, welche für die Einarbeitung in ein Thema gewählt wird und möglicherweise nicht vollständig ist. Die hier vorgeschlagene Arbeitsdefinition wird genutzt, um sich dem Thema Bildungspolitik zu nähern, ihre verschiedenen Aspekte und Dimensionen zu systematisieren und auf die vertiefte Auseinandersetzung vorzubereiten. In dieser Einführung gehen wir von folgender Arbeitsdefinition aus:

Bildungspolitik befasst sich mit der Gesamtheit aller gesellschaftlichen Bedingungen, Aufgaben, Handlungs- und Themenfelder, die sich auf die Legitimation, Administration und Ausgestaltung des Bildungs- und Erziehungswesens beziehen; sie umfasst dabei das gesamte Spektrum von Lern-, Bildungs- und Berufsbiografien, von der vorschulischen Bildung, über die Primar-, Sekundar-, und Hochschulbildung bis hin zum lebenslangen Lernen im sogenannten quartären Bereich. Als erziehungswissenschaftlicher Gegenstand transzendiert Bildungspolitik disziplinäre Felder, geografische Räume und Zuständigkeitsgrenzen und nimmt die institutionellen, inhaltlichen und prozessualen Aspekte der Formulierung, Implementation und Bewertung von Bildungspolitik in den Blick (siehe auch Parreira do Amaral 2015, S. 368).

Diese Arbeitsdefinition macht die Breite und Vielschichtigkeit des Gegenstands Bildungspolitik erneut sichtbar; die lebenspraktische Relevanz und öffentlich-mediale Allgegenwärtigkeit bildungspolitischer Themen und Debatten stellen weitere Herausforderungen dabei dar, eine erschöpfende Diskussion über Bildungspolitik vorzulegen. Das vorliegende Buch legt aus erziehungswissenschaftlicher Perspektive eine konzise und tiefgehende Einführung in das Thema Bildungspolitik vor. Es zielt auf eine Verknüpfung von Theorie und Praxis und will Studierenden der Erziehungswissenschaft und anderer Sozialwissenschaften einen grundlegenden Einblick in die Gegenstände und Fragestellungen der Bildungspolitik sowie Orientierung und Wissen für die Beschäftigung mit

ihren Artikulationen in akademischen, bildungspolitischen und berufspraktischen Feldern anbieten.

Die Aktualität, Allgegenwärtigkeit und Komplexität des Gegenstands ergeben sich aus der Expansion des Bildungs- und Erziehungssystems seit der Nachkriegszeit. Sie werden auch sichtbar mit Blick auf die gesellschaftlich und politisch motivierten Forderungen nach einem Beitrag von Bildungspolitik für die Lösung sozialer Probleme – Ungleichheit, Qualität, Steuerung, Inklusion, Umwelt, Radikalismus/Gewalt usw. Nicht zuletzt sind sie Ergebnis der in den vergangenen Jahren massiv veränderten Landschaft bildungspolitischer Arbeit. Die Komplexität ist nicht zuletzt auch Resultat der Vermehrung und Pluralisierung der an Bildungspolitik beteiligten Akteuren und Anspruchsgruppen, der gesellschaftspolitischen, ökonomischen und institutionellen Kontexte ihres Vollzugs, die sich auf verschiedenen Ebenen (international, national und lokal) erstrecken, aber auch der im bildungspolitischen Prozess in Anschlag gebrachten Koordinationsmodi und Regelungsmechanismen.

Vor dem Hintergrund dieser Ausgangslage wäre jeglicher Versuch, Bildungspolitik – auch mit Blick auf nur bestimmte Felder, Räume und historische Zeiten – erschöpfend zu bearbeiten, zum Scheitern verurteilt bzw. verlöre sich in Details und Idiosynkrasien. Aus diesem Grund unternimmt diese Einführung vielmehr den Versuch, einen analytischen Rahmen für die Untersuchung von Bildungspolitik vorzulegen. Dieser Rahmen greift erziehungswissenschaftliche Konzepte zur Analyse von bildungspolitischen Artikulationen auf und bietet den Vorteil, den Gegenstand aus seinen alltäglichen Kontexten herauszunehmen (z. B. Tages- oder Parteipolitik), Engführungen sichtbar zu machen (z. B. der enge Fokus auf staatliche Entscheidungsträger), die Reichweite von Bildungspolitik zu erörtern und den Gegenstand mithilfe analytischer Unterscheidungen und Kategorien einer kritischen Überprüfung zuzuführen. Letzteres scheint für eine dezidiert erziehungswissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema unerlässlich zu sein, da mit Bildungspolitik nicht nur im engeren Sinne pädagogische, sondern auch gesellschaftspolitische und ökonomische Fragen angesprochen werden. Erst ein solcher analytischer Rahmen ermöglicht es, Einzelprobleme bzw. -fragen der Bildungspolitik begrifflich scharf zu erfassen und systematisch hinsichtlich ihrer zahlreichen Strukturzusammenhänge zu bearbeiten.

Bildungspolitik lässt sich als dauerhafte pädagogische und professionelle Aufgabe beschreiben, da bildungspolitische Vorgaben sich auf die Verantwortlichkeiten und Tätigkeiten auswirken, die Professionelle im Bildungsbereich ausführen, um Lern- und Bildungsprozesse zu gestalten und zu unterstützen. Bernd Dewe und Hans-Uwe Otto unterscheiden zwischen »Profession als einer besonderen Berufsform, die die soziale Makroebene betrifft«, »Professionalisierung als berufsgruppenspezifischem sozialem Handlungsprozess, der den ambivalenten Verlauf der Etablierung von Professionen thematisiert« und »Professionalität [...] im Sinne eines habitualisierten, szenisch-situativ zum Ausdruck kommenden Agierens unter typischerweise sowohl hochkomplexen wie auch paradoxen Handlungsanforderungen« (Dewe & Otto 2011, S. 1131). Zentrale Merkmale von Professionalität sind dabei Autonomie von äußerlichen, nicht-pädagogischen (Handlungs-)Logiken wie beispielsweise von politischen oder ökonomischen Rationalitäten. Die professionell Handelnden müssen »in besonderer Weise unabhängig sein, sowohl von staatlichen oder anderen Instanzen, die andere Interessen verfolgen als die Klienten, als auch von diesen selbst« (Müller 2012, S. 957), und Verantwortung sowohl für das eigene Klientel als auch für das professionelle Handlungsfeld tragen. Der einzelne Professionelle trifft Entscheidungen somit »stellvertretend« für die gesamte Profession und muss, wie Oevermann schreibt, in der Lage sein, diesen »eine wie selbstverständlich geltende, zweifelsfreie Begründbarkeit und Vernünftigkeit« (Oevermann 1996, S. 87) zuzuschreiben. Bereitschaft zur kontinuierlichen internen und externen Reflexion des eigenen Handelns im Sinne der Überprüfung des eigenen Handelns oder durch Fortbildungen, Coaching, Supervision sind erforderlich. Ein weiteres zentrales Merkmal ist Bewusstsein für die politische und ethische Dimension des Handlungsfeldes, was sowohl eine berufsethische Positionierung ermöglicht als auch Legitimität und Wissensbasis dieses Handelns sicherstellt. Letzteres ist deshalb wichtig, da professionelles Handeln oft unter Unsicherheit und Ambiguität stattfindet und kasuistisches Fallverstehen erfordert. Schließlich zeichnet sich Professionalität durch den Zugriff auf innerhalb der Profession geteilte Wissensinhalte sowie die Erweiterung dieser durch Reflexion der eigenen Erfahrungen aus (siehe Müller 2012; Dewe 2005).

Pädagogisch Professionelle sind nicht ausschließlich mit Unterrichtsplanung und -durchführung betraut, obwohl diese als zentral gelten können. Lehrkräfte nehmen diese Aufgabe aber nur sinnvoll wahr, wenn sie den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Schüler*innen gerecht werden. Mit Bezug auf Bildungspolitik beziehen sich professionelle Aufgaben auf die organisatorischen, administrativen und ethischen Aspekte der Bildungsarbeit (vgl. Combe & Helsper 1996; Dewe 2005). Insgesamt sind pädagogische und professionelle Aufgaben eng miteinander verknüpft. Eine erfolgreiche Bildungspolitik erfordert sowohl die pädagogische Expertise, effektive Lernprozesse zu gestalten, als auch die professionelle Kompetenz, die organisatorischen und administrativen Aspekte der Bildungsarbeit zu managen, aber auch die Wirkungen bildungspolitischer Maßnahmen auf das professionelle Handlungsfeld und auf Schüler*innen und Klient*innen einzuschätzen.

Vor diesem Hintergrund gehört Bildungspolitik daher zentral zu den Inhalten von erziehungswissenschaftlichen und bildungswissenschaftlichen Studiengängen. Das von der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) ausgearbeitete »Kerncurriculum Erziehungswissenschaft« beinhaltet viele Elemente, die für ein Verständnis bildungspolitischer Entwicklungen und ihre (Aus-)Wirkungen essenziell sind. Das Kerncurriculum spiegelt die professionspolitische Diskussion von notwendigen Standards für systematische erziehungswissenschaftliche Studien mit starker Verbindlichkeit für Lehrende und Studierende. Es beschreibt verbindliche theoretische, systematische und methodologische Mindestanforderungen an Studieninhalte von erziehungswissenschaftlichen Hauptfach- und Zweitfachstudiengängen sowie die erziehungswissenschaftlichen Anteile von Lehramtsstudiengängen (DGfE 2024).

Studierende in erziehungswissenschaftlichen Hauptfach- und Zweitfachstudiengängen sowie jene in Lehramtsstudiengängen mit erziehungswissenschaftlichen Anteilen brauchen einen Überblick über die bildungspolitische Debatte, um ein solides und systematisches Verständnis von Themen wie Inklusion, Integration, Digitalisierung, Leistungsorientierung, Stundenkontingente, längere gemeinsame Grundschule usw. zu haben. Sie können sich erst dann eine eigene Meinung bilden, wenn sie sich ausführlich damit befasst haben. Wer beispielsweise über die Diskussion um Digitalisierung oder Leistungs- und Kompetenzorientie-

rung Bescheid weiß, kann sich begründet für oder gegen den Einsatz bestimmter Medien entscheiden; wer selbst eine Meinung zu einem bildungspolitischen Thema hat, kann den Unterricht dementsprechend anpassen. Reflektierte Lehrkräfte können sich den Kindern und Jugendlichen viel besser erklären und ihre Entscheidungen begründen. Des Weiteren ist ein Verständnis von Bildungspolitik essenziell für die Auseinandersetzung mit der eigenen Profession; Themen wie Besoldung/Gehalt oder Arbeitsbedingungen usw. sind im Kern bildungspolitische Themen, die bei der täglichen Arbeit von Professionellen in pädagogischen Handlungsfeldern von Bedeutung sind. Insgesamt beschleunigt ein gut informiertes Lehrpersonal Verbesserungen im Bildungssystem, weil mehr und detaillierter über Bildungspolitik diskutiert wird, und bildungspolitische Forderungen und Positionen werden lauter und stärker in der Profession und in der Öffentlichkeit artikuliert.

Zum Aufbau des Bandes

Das Buch ist in sieben Kapiteln organisiert, die sich mit der historischen Genese des Gegenstands und mit seinen verschiedenen Problematisierungsformen und -perspektiven auseinandersetzen, ihn begrifflich-konzeptuell systematisieren und in eine analytische Rahmung stellen. Des Weiteren erörtern sie die rechtlichen, ökonomischen und administrativen Spannungsfelder bildungspolitischer Aktivitäten im Nationalstaat, diskutieren die zentralen Themen und Positionen sowie ausgewählte Reformen und bildungspolitische Initiativen in den verschiedenen Bildungssektoren und thematisieren schließlich ihre internationale Dimension sowie Fragen der Entgrenzungen und Transformationen.

Kapitel 1 bietet einen Einblick in die *historische Genese des Gegenstands*. Darin wird eine konzeptuelle Annäherung an das Kompositum Bildungspolitik angeboten. Bei dieser konzeptuellen Herleitung von Bildungspolitik geht es um das Phänomen und um den Gegenstand Bildungspolitik als hervorgehend aus zwei unterschiedlichen Sphären menschlichen Denkens und Handelns; denn Pädagogik und Politik sind beide eng mit normativen Fragen nach dem guten Leben befasst und in der Moderne zentral mit der Herstellung gesellschaftlicher Ordnung beauftragt. Dabei wird ebenfalls sichtbar: Die Klärung der Bezüge von Bildung bzw. Bildungspolitik zu Fragen der Herrschaft, Macht und Interesse

ist für eine kritische Betrachtung von Bildungspolitik wesentlich. Mit diesen begrifflichen und konzeptuellen Erörterungen werden Parallelen zwischen beiden Themenfeldern herausgearbeitet und es wird eine weit zurückreichende Beziehung zwischen pädagogischem und politischem Denken thematisiert. Die Doppelrolle von Bildungspolitik als sowohl zielgebend als auch gestaltend für die Bildungs- und Erziehungspraxis wird im Zusammenhang dieser Diskussion hervorgehoben.

Um der Breite und Pluralität dieses Gegenstands gerecht zu werden, beginnt *Kapitel 2* mit einer Einführung in verschiedene Problematisierungsformen und -perspektiven. Hier geht es um die Thematisierung der unterschiedlichen Dimensionen des Gegenstands – individuelle, wirtschaftliche und soziale –, einschließlich der sich daraus ergebenden Spannungen. Bildungspolitik lässt sich zum einen als *Zielgebung* von Bildung und Erziehung und zum anderen als *Gestaltung* des pädagogischen Raumes verstehen. Dabei werden einerseits Inhalte, Themen und Prioritäten thematisiert, die sinn- und zielgebend für pädagogische Arbeit sind. Andererseits wird der Tatsache Rechnung getragen, dass Pädagogik in diesem Zusammenhang als Teil von Politik erscheint. Dies ist dann der Fall, wenn Regierungen und Administrationen versuchen, »ihre« Bildungspolitik in den einzelnen Feldern bzw. unterschiedlichen Bildungsektoren durchzusetzen und/oder zu reformieren. Vor diesem Hintergrund geraten nicht nur inhaltliche Aspekte, sondern auch Fragen nach Legitimation und Sinn in den Fokus der Aufmerksamkeit. Derselbe Gegenstand lässt sich des Weiteren als komplexer *Prozess* und als *Ergebnis* desselben thematisieren, wobei verschiedene Akteure involviert sind, die mit unterschiedlichen Interessen, Logiken und Steuerungspotenzialen ausgestattet und auf verschiedenen Ebenen verortet sind. Aus dieser Perspektive treten dabei die Mittel, Verfahren und Voraussetzungen von Bildungspolitik zum Vorschein. Vor diesem Hintergrund können Fragen nach dem *Wie* der Bildungspolitik genauso wie die nach ihren Leistungen und Ergebnissen für andere gesellschaftliche Teilsysteme gestellt werden. Aus einer weiteren Thematisierungsform können wiederum die *gesellschaftspolitischen Rollen und Funktionen* von Bildungspolitik fokussiert werden. So können ihre ideologischen und normativen Prämissen erörtert und unterschiedliche Formen der Konstruktion und Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme thematisiert werden. Damit geraten nicht nur